

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 76 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM,

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Landesregierung Brandenburg

Herrn Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke

- persönlich

Heinrich-Heine-Straße 107

14473 Potsdam

Eichwalde, den 1. September 2014

Az.: Io + EG

Ihr Schreiben vom -

Ihr Zeichen -

Mein Schreiben vom 11. Juni 2014

BER-Projekt-Abbruch und -Neuformulierung;

Anmahnung einer schnellen rechtskonformen Entscheidung

zur Durchsetzung des Ergebnisses des Volksbegehrens und

zur Nichtigkeitserklärung aller verfassungssinkonformen

BER-Rechtsakte nach der Nichtigkeitserklärung des LEP B-B

durch den OVG-Beschluß OVG 10 AB.10

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

gem. vorgeh. OVG-Beschluß hat sich, verstärkt durch den Rücktritt des bisherigen Aufsichtsratsvorsitzenden Wowerit und erneute wirklichkeitsfremde unwidersprochene Forderungen und Kommentare des FBB-Geschäftsführers Mehdorn im Vorwahlkampf, eine neue politische Situation ergeben, welche zu immer mehr immer harscherer offener Kritik am Verhalten Ihrer Regierung Anlaß war.

Die allgemeine politmoralische demokratie- und rechtsdetailbezogene Kritik wurde seitens unserer örtlich-regionalen Initiativen ergänzt durch eine das Gesamtprojekt betreffende rechtsgrundsätzliche Kritik, die bereits spätestens seit 2011 auch öffentlich erfolgte und deren Richtigkeit bezüglich der Verletzung übergeordneter EU-Rechts beim BER-Projekt durch das vorgeh. OVG-Urteil nur noch landesverfassungsbezogen bestätigt wurde.

Da unser Landtagsherantreten als zuständige Legislative für eine Korrektur bisheriger BER-Rechtsakte bisher noch keinen erkennbaren Erfolg erkennen ließ, wende ich mich hiermit noch einmal an Sie als gesamtverantwortlichen Landespolitiker der Exekutive.

- 1969-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftsthemen in zwei Wirtschaftssystemen
- 1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß, Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte, Fachschule für Schwennschneiderei und Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektronik-Technologie, Humboldt-Universität zu Berlin, Sekt. Elektronik
- 1973-75 Diplomierung und Promovierung als Externer mit Untersuchungen zur Systematisierbarkeit von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von heuristischen, Simulations- und algorithmischen Programmen;
- 1972, 1976 Fichtpreisträger und Humboldtpreisträger der Humboldt-Universität von Berlin
- 1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik und technische Fächer
- 1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer Grundsatfragen im DEUTSCHEN MEIERFOND (DMF)
- 1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des Landessozialamtes Cottbus
- 1953-73 Selbständiger Konstrukteur
- 1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende Standardisierung/Normung
- 1994 Bauleitplaner
- um 1960 Veröffentlichung "Zum Thema Prefeststofftoleranzen" mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter Maßabweichungen für Typen, Sorten und Chargen für Duroplast-Formstoffteile, PLASTE UND KAUTSCHUK
- 1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus zum Austausch der Plastikverarbeitung (Verhinderung der Einführung des sowjetischen Ost-Toleranz- und Passungssystems zugunsten der Einführung des internationalen ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystems
- 1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik in der Volkswirtschaft I.A. des ASW Berlin (Teil1: Ermittlung erforderlicher Aufgaben für Forschung/Entwicklung und Standardisierung, Teil2: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Netzplan, Kosten-Nutzen-Analyse) mit den Co-Autoren Dr. Wilfried Schaaf, Zentrallaboratorium für Plastikverarbeitung Leipzig und Dipl.-Phys. Dieter von Straußwitz, TU Dresden
- 1968-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz (statist. Methode) zu arithmetischer Toleranz (worst-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung von Fertigungskostenminimierung durch größere Bauteiltoleranzen (Unveröffentlicht, aber erprobt)
- um 1970 Ermittlung der Parameter des Elastifizierungsprozesses von Duroplastformteilen aus Abmaß-Prüfungs-Verteilungen, Eröffnungsvertrag der Sektion Plastikverarbeitungstechnik einer der Internationalen Fachtagungen PLASTPraxis der Kammer der Technik, Dresden
- um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Rinfahrplans der Sowjetunion im Rahmen des Promotionsverfahrens, Humboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus (Verhinderung der Einführung der sowjetischen Zuverlässigkeitsmethoden in der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik)
- 1980 Dissertationskurzfassung in FEINERTEILEINDRUK 29(1980) H.4 S.182
- Jan.1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft mit ökonomischen Stimuli über NEUES FORUM an Zentralen Runden Tisch und Regierung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations-Bämpfung) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (feste Wechselkurse) an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen noch vor der EURO-Einführung
- 2003-04 Vorschläge zur Einführung des Brutto sozialproduktes (BSP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den Beitritt zur EURO-Zone an die Bundesregierung und an die Landesregierung Brandenburg
- 2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für die Bewältigung der Welt-Finanz- und Wirtschafts-Krise sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Einbürgerungsprozesses Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge, Vorschläge, Ausarbeitungen und Presse-Informationen und -Beiträge im Rahmen der EICHWALDER INITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM (vgl. <http://berlin-brandenburg-zi.de> sowie www.eichwalde.com und www.bvbb-ev.de)

Dies geschieht hiermit mit der Aufforderung der Durchsetzung einer rechtskonformen Entscheidung noch vor der Landtagswahl, weil sonst die Wahlkampflogans den Wähler in keiner Weise überzeugen können, weder Ihr eigener, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, noch der von Finanzminister Gehrke als Slogans der führenden Vertreter unserer Landesregierung.

Hierzu liegen diesem Schreiben zur näheren Begründung bei:

- das Schreiben vom 29. August 2014 an FBB-Chef Mehdorn,
- die Presse-Erklärung vom 18. Juli 2014 zur Bedeutung des OVG-Urteiles OVG 10 A8.10 sowie
- die Presse-Erklärung vom 27. August 2014 zu aktuellen Wahllogans der Landesregierung.

Weitere Schreiben zur Problematik liegen Herrn Landtagspräsident Fritsch vor bzw. sind unter der Internet-Adresse <http://berlin-brandenburg-21.de> einsehbar.

Ich bin der Meinung, daß Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die Vielzahl aktueller Kritiken in Internet-Veröffentlichungen von Bürgerinitiativen und Presseorganen sowie aktuelle Flyer selbst mit Rücktrittsforderungen die Entscheidungsfindung erleichtern werden und zwar im Sinne meines Anliegens. Ein bißchen Rechtskonformität geht so wenig wie ein bißchen schwanger.

Ich hoffe deshalb zur Vermeidung weiterer Rechtsschritte von Bürgern, Gemeinden usw. sowie nicht zuletzt zur Darlegung von BER-spezifischen Details Ihrer Wahlkampflogans auf Ihre kurzfristige rechtskonforme Entscheidung und erwarte diese auch angesichts der in jeder Hinsicht desaströsen Lage, ob planungsrechts-, betriebskonzepts-, luftverkehrsrechts-, verfassungsrechts-, baurechts-, personalrechts- oder finanzierungsrechtsbezogen.

Dazu wünsche ich Ihnen viel Mut und Erfolg, auch bezüglich einer Auslegung des Ergebnisses des angenommenen Volksentscheides im Sinne des unverkennbaren Bürgerwillens in einem urdemokratischen Prozeß und unabhängig von Formulierungsdefiziten der Initiatoren, die sich dafür aktuell in einer Schrift der FREIEN WÄHLER im Süden Berlins bei ihren Wählern entschuldigten - die Fehler von Parlament und Landesregierung dürften dagegen ungleich bedeutsamer sein.

Mit freundlichen Grüßen



- Dr. G. Briese -

Anlagen

EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

N a c h t r a g vom 2. September 2014

Nach Abschluß des vorstehenden Schreibens flatterten mir zwei Internet-Beiträge auf den Tisch, nämlich zu **Schikanen** gegen BVB/FREIE-WÄHLER-Landtagskandidaten bis hin zur Verhaftung und Wenden an Amnesty International sowie die **Gemeinsame Presseerklärung** von Bürgerinitiativen aus Berlin und Brandenburg und der Schutzgemeinschaft der BER-Umlandgemeinden, jeweils vom 31.08./01.09.2014, welche ich Ihnen ebenfalls beilege,

Die Gemeinsame Presseerklärung wird das Vertrauen der Bürger in die regionalen Vertretungen stärken, weil sie eine schonungslos-klare Wortwahl beinhaltet, welche selbst vor gemäß Gerichtsurteilen belegten strafrechtsrelevanten Termini nicht zurückschreckt und auch die Worte des unvergessenen Altbundeskanzlers Willy Brandt wieder ins Gedächtnis ruft.

Diese Presseerklärung erklärt damit auch die oft kritisierte Nichtveröffentlichung bzw. "redaktionell weichspülende Bearbeitung" von Leserbriefen durch mittels politökonomischer Spritzen mit Amnesie, Ignoranz und Subalternämie infizierte sowie Berichte ohne Verfasserangabe. Sind wir schon wieder so weit ???

Dr. G. Briese

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,
c./o. Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde,
in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM

Eichwalde, am 27. August 2014
Az.: Io + EG

P R E S S E - E R K L Ä R U N G

BER-Kurswechsel in Übereinstimmung mit den Wahlprüchen ?
- zu den Wahlslogans von Ministerpräsident Dr. Woidke, Finanzminister Gehrke und den Beiträgen "Die Party ist vorbei ..." und "Hoffnung auf einen Neuanfang ...", MAZ 27. August 2014 S.3 -

Nach der gestrigen Rücktrittserklärungsankündigung des Aufsichtsratsvorsitzenden und Regierenden Bürgermeisters von Berlin Klaus Wowereit unter Eingeständnis seiner "herben Niederlage" beim BER-Projekt ist die Verantwortung der Brandenburger Landesregierung für das BER-Projekt schlagartig erneut wesentlich gewachsen - und dies erst kurz nach dem OVG-Urteil im Prozeß um die neue "Zentrale-Orte-Gliederung" mit dem Ergebnis der Nichtigkeitserklärung des Landesentwicklungsplanes Berlin-Brandenburg (LEP B-B) von Anfang an und ohne Weiteres, in der Juristensprache ex tunc ipso iure.

Da schaut man nun schon gemäß der Rücktrittskommentierung mit "Hoffnung auf einen Neuanfang" auf die Wahlslogans unserer führenden Landespolitiker! Und sie klingen gut für einen Neuanfang:

Ministerpräsident Dr. Woidke:
"Anpacken, Verantwortung, Gerechtigkeit",
Finanzminister Gehrke: "sozial, seriös" !

Nach den Aufforderungen aus Schulzendorf und Eichwalde an die Landesregierung nach Auswertung des vorgehen. OVG-Urteiles zur Veröffentlichung des Ergebnisses des angenommenen Volksbegehrens im GVOBl. Bbg. wegen Wartung des Staatsvertrages mit Berlin nur als "politische Willenserklärung" statt als übergeordnetes Recht einer "dritten Ebene" zwischen Landes- und Bundesrecht und zur Nichtigkeitserklärung aller tragenden BER-Rechtsakte wie LEP FS, PFB, PFBerg und Schallschutzkarten ex tunc ipso iure wegen Verstoßens gegen die Landesverfassung infolge nicht erfolgter Zitierung wie Berücksichtigung übergeordneten EU-Rechts und dazu auch noch fehlender Rechtssetzungsbefugnis zum Unterlaufen der Mindestforderungen gemäß EU-Recht stellen diese Forderungen bezüglich ihrer Durchsetzung durch die Landesregierung einen Maßstab für die Ernsthaftigkeit, ihren Gehalt als Überzeugungskraft dieser Wahlslogans dar.

Davon war allerdings konkret i. Vbdg. mit Wowereits Rücktritt noch nichts zu hören, vielmehr ging es bisher weiter um das Ob und Wann einer Inbetriebnahme wie geplant - was jedoch rechtskonform auszuschließen ist. Insofern ist es auch allzu verständlich, daß man sich am Donnerstagabend vor Wowereits Rücktritt in der Schulzendorfer Informationsveranstaltung zum Lärmschutz noch überwiegend in einer Weise auseinandersetzte, als würden an der Rechtsgültigkeit von BER-Rechtsakten wie dem PFB und PFBerg keinerlei Zweifel bestehen.

Hierin untrennbar involviert erscheint jedoch der Zweifel an der Ehrlichkeit der Wahlslogans "Anpacken, Verantwortung, Gerechtigkeit" und "sozial, seriös". Denn nach Zusendung der umfangreichen Dokumentation zur BER-Problematik vor einem Jahr an den Landtag hinsichtlich Konfiguration, Flugrouten und Schallschutz und zum Jahreswechsel zur Durchsetzung des Volksbegehrens in Kritik des Berichtes der Landesregierung sowie der schon im September 2012 (♯) erfolgten Zusendung eines Vorschlages zur Festlegung von Schallschutzzonen im BER-Nahbereich nach Lärmstörpegeln im Flugerwartungsgebiet gem. ICAO-Bestimmungen und der 247. DVO zur LuftVO wurden ja bis jetzt die Inhalte der Wahlslogans nicht umgesetzt, ja, selbst nach Zusendung der Schlußfolgerungen aus dem OVG-Urteil zur Nichtigkeitserklärung des LEP B-B noch nicht einmal die Absicht hierzu konkret zu erkennen gegeben!

Und selbst auf die vielfältigen Gesetzesverletzungen zu Detailproblemen wie Schallschutzbemessung, Lüftereinsatz, Immobilienbewertung und Kostenerstattungsvereinbarungen (KEV) fand am Donnerstagabend die anwesende Frau Staatssekretärin Fischer keine öffentliche Antwort, während ich mich dahingehend äußerte, daß all dies mich in meinen Ansichten zur Rechtswidrigkeit des gesamten BER-Projektes nur noch bestärkte, obwohl bei der Veranstaltung ja nun der PFB und PFBerg fälschlicherweise als noch rechtlich tragend zugrundegelegt wurden!

Dies alles schließt die Wahl eines bisher mit der BER-Problematik wesentlich befaßten Politikers und Beamten zum Aufsichtsratsvorsitzenden aus, wenn ein "Neuanfang" überzeugend sein soll - und schnell müßte es bei dieser desaströsen Situation auch gehen, noch vor der Landtagswahl!

Welche rechtlichen Fakten muß also eine Kandidatin oder ein Kandidat als tragend für sein zukünftiges Handeln anerkennen?

- Bekenntnis zur Landes- und Bundesverfassung und damit zur Nichtigkeit aller BER-Rechtsakte in Widerspruch zu diesen als rechtlich nichtig "von Anfang an und ohne Weiteres" : ex tunc ipso iure;
- Bekenntnis zur Gültigkeit des OVG-Urteiles zum "Zentrale-Orte-Gliederungs-Prozeß" i.S. der Wertung von Verträgen mit dem Land Berlin nur als "politische Absichtserklärung" statt als "übergeordnetes Recht" und damit zur Gültigkeit des von Landtag und Landesregierung unverändert angenommenen Volksbegehrens, als unmittelbar nun umzusetzenden Volksentscheid gleichzustellen, in Form eines Landesgesetzes mit Nachruhe von 22 Uhr bis 6 Uhr für den Standort Schönefeld sowie die Abkehr von diesem Standort als "Single-Flughafen-Standort";
- Bekenntnis zum Ergebnis des ROV 1994, nach welchem Schönefeld der am schlechtesten geeignete BER-Standort ist, für ein Luftverkehrsdrehkreuz völlig ungeeignet, und damit zunächst zur Beibehaltung des derzeitigen Berliner Luftverkehrssystems SXF + TXL bei verstärkten rechtskonformen Schallschutzmaßnahmen, und Beginn der Neuplanung des Berliner Luftverkehrssystems, eingeschlossen die BER-Neuplanung, z.B. in Sperenberg, aber dann in jedem Falle rechtskonform zu EU-Recht, sowie Abbruch der BER-Baumaßnahmen bis zur Klärung der Zukunft des Areals mit der Bundesregierung wegen des dort auch geplanten Regierungsflughafens und der Bauprobleme beim BER-Terminal sowie Ermittlung der Umnutzungsmöglichkeiten unter Zugrundelegung von Erbpachtverträgen.

Die Weiterführung von Bau und Finanzierung des BER-Projektes in gegenwärtiger Form hat mit Anpacken, Verantwortung wahrnehmen und Gerechtigkeit im Sinne von sozial und seriös nicht das Geringste zu tun.

Am 24. August 2014 hat zwar Frau Staatssekretärin Fischer in der Zeuthener BLiZ-Veranstaltung zum Schallschutz erklärt, man befinde sich ja nun in einer neuen Planungsphase, in welcher auch neue Erkenntnisse berücksichtigt werden könnten - aber noch hat keine öffentliche Verkündung der vorgenannten dazugehörenden Prinzipien und Rechtsakte stattgefunden! Jetzt sind endlich Entscheidungen zu fällen - umgehend!

Vielleicht könnte man ja Herrn Arann reaktivieren als Aufsichtsratsvorsitzenden - er wäre ja bestimmt nicht so unkritisch gegenüber von Herrn Mehdorn wie der bisherige Aufsichtsrat und dessen Vorsitzender und ferner mit den Projekt-Mängeln bestens vertraut, und die aufgelöste Immobilien-Bewirtschaftungs-Abteilung mit ihrem abgesetzten Chef wegen Kritikfähigkeit sollte ihm stützend zur Seite gegeben werden!

Ein Wandel wie dieser wäre für den Wahl-Bürger bei weitem überzeugender als die "Auch-Kompromiß-Vorschläge" mancher Verantwortlicher der Opposition! Denn alle Kandidaten, die mit ihrem Wahlprogramm nicht gesichert auf dem Boden der Verfassung stehen, auch wenn das wie beim BER-Projekt wehtut, sind doch als "Verfassungsfeinde" nicht wählbar - zumindest dies wird doch stets als die Gemeinsamkeit aller Parteien ausdrücklich betont!

Halten wir uns also daran bei unserer Wahlentscheidung! Gegen das Projekt in derzeitiger Form sprachen sich m.W. bisher FREIE WÄHLER, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die PIRATEN aus.

Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

Zweierlei Maß in Brandenburg - SPD Schikanen

Details Erstellt am 31. August 2014



Die SPD klebt an der Macht und greift zu drastischen Mitteln, um mehr Bürgerbeteiligung auszubremsen.

Wahlbehörde kündigt Verhaftung von Landtagskandidaten wegen frühzeitiger Plakatierung an - BVB / FREIE WÄHLER wendet sich an Amnesty International

Freitag, 29. August 2014 20:42

von Péter Vida

BVB / FREIE WÄHLER wendet sich an Amnesty International und bittet die Brandenburger Zivilgesellschaft um Unterstützung. Die Repressionen gegen unsere Landtagskandidaten erreichen ein bisher ungeahntes Maß. Nun wird einem Kandidaten die Verhaftung angedroht, weil er angeblich zu früh plakatiert haben soll.

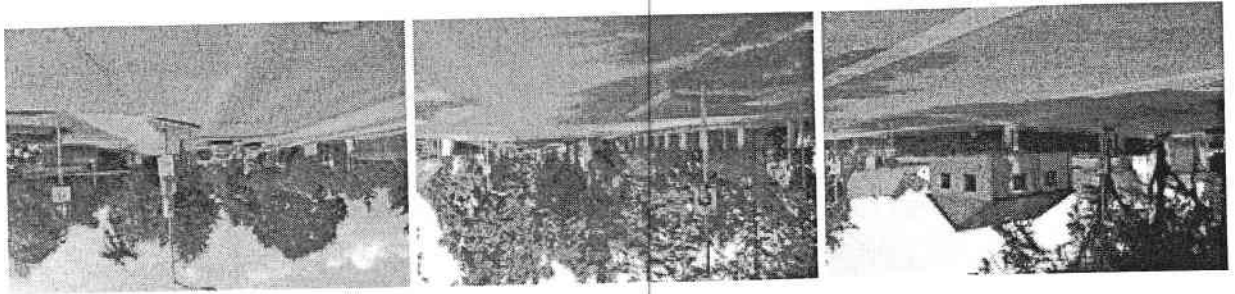
Die Gemeindeverwaltung von Schöneiche verhängte enorme Bußgelder gegen den dortigen Landtagskandidaten Dr. Philip Zeschmann. So wurde moniert, dass Bürgerrechtler Zeschmann angeblich zu früh die Plakate aufgehängt (SPD hing bereits 3 Wochen zuvor) bzw. teilweise zu nah an Kreuzungen plakatiert habe. Während landesweit die Regierungsparteien Ampeln, Verkehrsschilder, Kreisverkehre, Bäume usw. zuplatizieren, wurden die Plakate von BVB / FREIE WÄHLER ohne Vorankündigung zwangsweise abgehängt, weil sie angeblich nicht wenigstens 20 Meter von Kreuzungen entfernt hingen, was faktisch ein Verbot der Plakatierung - nur für uns - bedeutet und eine willkürliche Festlegung darstellt. Die Gemeinde berechnete pro abgehängtem Plakat knapp 20 Euro. Der Sondergenehmigungsbescheid sei zudem verletzt worden, weil zu früh aufgehängt worden sei. Insgesamt verlangt die Gemeinde rund 1.500 Euro. Hohe Summen, die nur einem Zweck dienen - den Kandidaten, der bei der Wahl der Gemeindevertretung Schöneiche im Mai dieses Jahres die meisten Stimmen aller Bewerber bekam und als durchaus bürgermeisterkritisch gilt, mundtot zu machen. Derzeit wird BVB / FREIE WÄHLER nahezu täglich mit offensichtlich schikanösen Bußgeldandrohungen, Zeugenvernehmungen und anderen Aufforderungen durch die Gemeindeverwaltung überschwemmt.

Für den Fall, dass Bürgerrechtler Zeschmann nicht sofort zahlt, wird die Verhaftung angekündigt. BVB / FREIE WÄHLER ist angesichts des repressiven Vorgehens besorgt. Ohne Beachtung geltenden Rechts wird in extremer Weise ausschließlich unser Kandidat dermaßen unverhältnismäßig belangt und rechtswidrig verfolgt. BVB / FREIE WÄHLER sucht den Schutz der Öffentlichkeit und wendet sich an Amnesty International. Wir appellieren, dass unser Bewerber als freier Mensch Wahlkampf machen darf, nicht mit Verfahren überzogen und mit offensichtlich unhaltbaren Forderungen drangsaliert wird. Unser Netzwerk-Verband von 110 parteiunabhängigen, ehrenamtlich für die Bürger im ganzen Land aktiven Gruppen hofft auf die Möglichkeit freier und gleicher Wahlen. Bürgerrechtler Zeschmann kündigte an, auch als politischer Häftling die mögliche Wahl annehmen zu wollen.

Nachfolgend einige Fotos von 'Frontmasten' an Kreuzungen/Einmündungen aus Mahlow/Blankenfelde/Dahlewitz mit SPD-Plakaten. Gerade die SPD hat hier an diesen Masten plakatiert, so daß alle anderen nur weiter weg davon noch Platz gefunden haben.

Auffällig ist, dass andere Parteien sehr selten an diesen Positionen zu finden sind und wenn, dann zumeist nur noch unter oder über SPD-Plakaten.

Wenn gleiches Maß angelegt und mit je 20 €/pro Abhang zu Buche schlagen wird, muss die SPD sehr tief in die Tasche greifen. Wir bitten unsere Leser um weitere Beispiele von SPD-Plakatierungen, die näher als 20 Meter an Kreuzungen hängen.



1 / 5 Weiter Letztes

BER-WENDE - Neustart jetzt!

Der Flyer wird unterstützt durch eine eigene Website, die mit übersetzenden Informationen gefüllt ist und weiter fortgeführt wird www.flughafen-berlin-brandenburg.org

Diese Website soll es jedem Bürger ermöglichen, sich mit der Problematik vertraut zu machen, ohne sich durch den Dschungel der vielen Informationen und Webseiten wühlen zu müssen.

Im Rahmen der Informationskampagne wurden die Spitzenkandidaten für den Brandenburger Landtag von SPD, CDU, Die Linken, Bündnis 90/Die Grünen, Piraten, AfD und BVB Freie Wähler zu einem Wahlhearing am 10.09.2014 um 20:00 Uhr in die Mehrzweckhalle Großbeeren, Teltower Str. 1, 14979 Großbeeren unter dem Motto:

BER – Milliardenesaster für Land und Leute. Wie weiter?

eingeladen. Erwartet werden 400 Besucher.

Gerade vor den Landtagswahlen in Brandenburg sei im Zusammenhang mit dem BER-Milliardendesaster an die Worte von Willy Brandt (Grußwort an den Kongress der sozialistischen Internationale 1992) erinnert:

„Wo immer schweres Leid über die Menschen gebracht wird, geht es uns alle an. Vergesst nicht: Wer Unrecht lange geschehen lässt, bahnt dem nächsten den Weg.“

„Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Aktionsbündnis für ein lebenswertes Berlin-Brandenburg (ABB)

Bündnis SüdOst gegen Fluglärm (BüSO)

Bürger für Berlin und Brandenburg TV (BBBTV)

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V. (BVBB)

Schutzgemeinschaft der Umlandgemeinden Flughafen Schönefeld e.V.

i.A. Kristian-Peter Stange V.i.S.d.P.

www.flughafen-berlin-brandenburg.org

